

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bezugsbedingungen und in allen Hefen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatlich (inkl. Post) 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17256 / Postfach Dresden Nr. 18690, Dresden-21 / Geschäftsstelle: Arbeiterstimme Dresden / Druckerei: Druckerei der Arbeiterstimme Dresden / Erscheinungsdauer: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonntags 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareil-Zeile oder deren Raum 0,55 M.M. für Familienanzeigen 0,20 M.M. für die Restzeile anstehend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 M.M. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle des Rücktritts besteht kein Anspruch auf Vorkauf der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 28. März 1929

Nummer 74

Revolutionäre Einheitsfront

Verstärkung des außerparlamentarischen Kampfes!

Um was geht es bei der Landtagswahl?

Ein Mahnwort an die sächsischen Arbeiter / Von Rudolf Renner

Der Staatsgerichtshof hat den sächsischen Landtag nach Hause geschickt. Am 12. Mai finden die Neuwahlen statt. Es hat für uns gar keinen Sinn, in das Katalogn über die juristischen Einzelheiten des Urteils einzutreten. Uns interessiert es hier nicht weniger, ob der Staatsgerichtshof die SPD in die Bürgerliste bringen will, ob es ihm darauf ankommt, die sächsische SPD die Reichspartei anzugleichen, oder ob Simons nach einer Zeitlang für keinen Rücktritt aussteht. Wir haben von Anfang an die Verfassungsänderung der Wahlbestimmung in diesem Landtag betont. Die reaktionäre Mehrheit setzte sich aber über die Bestimmung der Verfassung hinweg, wie sie das Wahlsystem nach ihrem Interesse durchzog als sie unter dem Namen „Ermächtigung des Landesparlamentes“ ein Gesetz beschloß, das die Wählerstimme nicht nur dem Landesparlament, sondern auch dem Reichstag zufließen ließ. Das ist ein Verstoß gegen die Verfassung, die die Wählerstimme dem Reichstag zufließen läßt, wenn es ihnen Interesse entspricht, sich dem Reichstag an ihre eigenen Gesetze anzuschließen. Landesgerichtsdirektor Dr. Neumann ist in der Leipziger Volkszeitung das habe und des Staatsgerichtshofes. Die „Gerechtigkeit hat gefügt“ ist seine Melodie. Nach der Verfassung gebe es „gleiches Recht für alle“. Deswegen habe der Staatsgerichtshof so entschieden. Wer behauptet so schnell eine neue Legende der „Mühle von Gonstau“ und „den Müller vor dem Kammergericht“. Wir brauchen uns auch mit vielen Ausführungen des Landesgerichtsdirektors nicht länger aufzuhalten. Die deutsche, wie überhaupt die Justiz der kapitalistischen Länder ist den Arbeitern nur Bewegung bekannt. Wir rufen zur Kampfbildung. Die Bürgerbewegung hat über die Auflösung des Landtages sehr betroffen. Ihre große Angstpartei ist schon: „Wie wieder Sowjetland“. Den Siegern vor dem Staatsgerichtshof, den Sozialdemokraten, ist aber auch keineswegs wohl bei ihrem Erfolg. In früh sind nach die Wahlverordnungen der Reichstagswahl vom vorigen Jahre im Gedächtnis der Wähler. Nach können die Arbeiter alle die heuchlerischen Versprechungen, die ihnen gemacht wurden. Es ist nicht vergessen, daß die Sozialdemokraten den Kampf gegen den Panzerkreuzerbau proklamierten, um, kurz nachdem sie Minister geworden, die Panzerkreuzer zu bauen. Die Mäule der Arbeiter kennt noch die Versprechungen für die Verbesserung der Sozialfürsorge, der Invalidenunterstützung, der Erwerbslosenfürsorge und des Kinderzuschusses. Sie haben trotzdem am eigenen Leib gespürt, wie die Koalition die Wählerstimme ablenkt, wie die Sozialdemokraten gegen die Verbesserung der Altersgrenze für Invaliden von 65 auf 70 Jahre stimmten. Die Sozialdemokraten lehnten den Antrag auf Aufhebung des 1. Mai nicht ab, sondern die Durchführung des revolutionären Unterdrückungsstreiches gegen die Arbeiter und fördern die Diffamierung der Kapitalisten.

Die Verschärfung der Arbeiter durch den Steuerertrag von 24 Pf. pro Monat ist von den Arbeitern auch keineswegs vergessen.

Schmachvolle Kapitulation vor dem Demonstrationsverbot

Nur die Kommunisten halten den Beschluß des Pariser Kongresses hoch!

Berlin, 28. März. (Eig. Drahtbericht)

In der letzten Versammlung der Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre der SPD war der wichtigste Punkt eine aus der Mitte der Versammlung gestellte Frage wegen des Demonstrationsverbots am 1. Mai. Von einem Vertreter des Bezirksvorstandes wurde darauf folgendes erklärt: Der Bezirksvorstand hatte Verhandlungen mit dem Gewerkschaftsjörgel über die Aufhebung des Demonstrationsverbots für den 1. Mai. Jörgel konnte das Risiko nicht übernehmen, das Demonstrationsverbot aufzuheben. Der ADGB hat zur Frage des Verbots der Maidemonstration ebenfalls Stellung genommen und ist zu der Ansicht gekommen, daß in diesem Jahre von einer Demonstration Abstand genommen werden soll. Für Jörgel wäre es eine kritische Situation, wenn er das Demonstrationsverbot zum 1. Mai aufgehoben hätte und es gleich nachher wieder verhängen müßte. Dann hätte dieses Verbot sich direkt als gegen die kommunistische Partei gerichtet gezeigt. Das wollte der Parteipräsident umgehen.

Es ist kennzeichnend für die Verhüllung auch gewisser unterer Funktionäre der SPD, daß die Verhüllung diese handliche Haltung billigte. Wir sind aber gewiss, daß auch die Berliner sozialdemokratischen Arbeiter, die noch Klassenbewußtsein haben, sich mit einzelnen werden in die Front, die am 1. Mai unter allen Umständen die Straße erobern wird gegen den Dreck von Jörgel, SPD und ADGB. Für alle Nationenbewußten Arbeiter, die sich nicht als Schlepptier einer solch veräulerten Führung begeben wollen, wird es gerade bei uns in Sachsen, wo der 1. Mai gesetzlicher Feiertag ist, eine Klassenpflicht sein, gegen den reformistischen Rechtsismus aufzumarschieren.

unter den Banner des kommunistischen Parteil

Die reaktionäre Politik der SPD

Lüge und Heuchelei gegen die Arbeiter

Die Arbeiter haben vor und nach der Reichstagswahl gesehen, daß die Sozialdemokraten die Arbeiter heiligen und betrogen. Damals gaben die Sozialdemokraten Flugblätter heraus, auf denen sie verkündeten: Wenn ihr eine Verbesserung des Schließungsrechts wollt, wählt SPD. Als sie in die Regierung eintraten, hätte Müll schlimmere Schandbettel spräche als der Zentrumsmittler Brauns. Heute beginnen die Sozialdemokraten erneut ein Betrugsgewerbe gegen die Arbeiter. Für ein „rotes Sachsen“ schreibt der (frei nach Viehmann) „geistig minderwertige Oskar Ebel“ gestern in der Dresdner Volkszeitung. In einem verlogenen und phrasengefüllten Aufruf verkündet er: „Stetsgemäß tritt allein die Sozialdemokratische Partei in den Wahlkampf“. Nun, die Stetsgemäßigkeit der Sozialdemokraten ist sehr zweifelhaft. Die Arbeiter werden den Phrasen ihre Taten eintragen und nicht auf ihre geschwollenen Reden hören.

Der sächsische Großbürgerbund hat glänzende Arbeit für die Reaktion geleistet.

Die elementarsten Interessen der arbeitenden Massen stehen auf dem Spiele! Steuerdruck, Abbau der sozialen Verpflichtungen des Staates gegenüber den Notleidenden, Reaktion in Justiz und Verwaltung, das ist das Ergebnis fünfjähriger Bürgerpolitik in Sachsen.

So klingt es aus dem Aufruf des Bezirksvorstandes der SPD, Jambach, der sächsische Großbürgerbund hat glänzende

Arbeit geleistet für die Reaktion, aber die Koalitionsregierung steht dem nichts nach. Steuerdruck, Abbau der sozialen Verpflichtungen, Reaktion in Justiz und Verwaltung, das sind die Ergebnisse der Koalition der Sozialdemokraten Müller und Hilferding. Es gehört schon die ganze verlogene Frechheit der „geistig minderwertigen Linken“ dazu, über den Abbau der sozialen Verpflichtungen zu schreien, nachdem sie selbst erst vor wenigen Tagen im Landtag eine Verbesserung derselben abgelehnt. Der „Rote“ Verlag erklärte da, daß die SPD einen Antrag der Kommunisten auf Erhöhung der Altersgrenze bei Invaliden von 65 auf 70 Jahre ablehne, weil — dieser Antrag der Reichsregierung zu viel Schwierigkeiten mache und die Arbeiter mit 70 Jahren noch im Vollbesitz ihrer Kräfte wären.

Ebenso lehnten die Sozialdemokraten in Sachsen erst vorige Woche die Erhöhung der Ausgaben für Wohlfahrtspflege von 1.800.000 auf 3.000.000 RM ab. In diesen Tagen mögen die Arbeiter den Wert der Reden Ebel, des Aufrufes des SPD-Bezirksvorstandes erkennen. Die Sozialdemokraten werden „den demokratischen, sozialen und kulturellen Ausbau des sächsischen Staates“ nicht durchführen. Hilferding, der sozialdemokratische Finanzminister des Reiches, ist gerade dabei, 450.000.000 RM neue Waffenteuern zur Aufrüstung für die Armee der Bourgeoisie einzuführen.

Die SPD als Helfer des Bürgertums

„Die Kommunisten sind den Bürgerlichen treue Helfer“, schreibt Ebel. Wer hilft dem Bürgerlichen? Die Kommunisten oder die Panzerkreuzer bauenden Sozialdemokraten? Die Kommunisten oder der Schiedspruch-Arbeitsminister Wiffel? Jeder Arbeiter vermag sich darauf selbst die Antwort zu geben. Der reaktionäre Selbstbürgerbund hat es noch nicht gewagt, den 1. Mai als Feiertag aufzuheben. Der Sozialdemokrat Ergeblitz verbietet die Kundgebungen zum 1. Mai. Der reaktionäre Selbstbürgerbund magte es noch nicht, das Ver-

Der 3. IAS-Reichskonferenz zum Gruß!

In der Periode der stärksten Entwicklung der kapitalistischen Widersprüche treten die Delegierten der Internationalen Arbeiterhilfe über Oden zur 3. Reichskonferenz in Dresden zusammen.

Das Weltprolet befindet sich mitten in einer neuen, harten Offensive gegen die Lebensinteressen der wertvollen Bevölkerung des internationalen Proletariats. Die neuen Reparationskassen sollen auf die Schultern der Wertvollen abgewälzt werden. Der sozialdemokratische Finanzminister Dr. Hilferding legte dem Reichstag einen Etat vor, der eine neue Massenauflösung bedeutet. 7 Milliarden Mark soll die Arbeiterschaft aufbringen. Die Waffenteuern soll eine weitere Erhöhung um 400 Millionen Mark erfahren, ebenso soll die Umklesteuer eine Mehrerhebung von 70 Millionen Mark, die Beförderungsteuer von 40 Millionen Mark, die Zucksteuer von 10 Millionen Mark, die Tabaksteuer um 540 Millionen Mark, die Biersteuer um 185 Millionen Mark erhöht werden.

Unter Führung der sozialdemokratischen Partei wurden die Mittel für einen neuen imperialistischen Krieg bewilligt. Nicht nur einer Panzerkreuzer, sondern allen Vorbildungen auf Erhöhung des Militärs und Marinebaus stimmten die Sozialdemokraten zu. Für Militär, für abgebauten Generale und Minister hat die Regierung (des „Volkes“) jährlich 4 Milliarden übrig. Abbau der sozialen Einrichtungen und Abwälzung der Soziallasten auf die Schultern der Arbeiterschaft sind die Parolen der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie.

Die entscheidenden Kämpfe der deutschen Arbeiterschaft um die Verbesserung ihrer Lebenslage wurden von den Reformisten abgewälzt und die Arbeiter durch den von den Reformisten zu Hilfe genommen kapitalistischen Staatssapparat und dessen Vorkriegsorgane nutzlos niedergeschlagen. Hamburg, Ruhrgebiet und der sächsisch-thüringische Textilarbeiterstreik zeigen: Nur die heutige Rolle der Reformisten auf, gemeinsam mit dem Unternehmertum nahmen die reformistischen Gewerkschaftsführer gegen die Streikenden und Aussperrten Stellung. Dieser gemeinsamen Front von Kapitalisten, Reformisten und Staatsapparat gilt es die geschlossene Kampffront der gesamten Arbeiterklasse entgegenzustellen. Für den Sieg der Arbeiterklasse ist eine der wichtigsten Voraussetzungen die Stärkung der organisierten proletarischen Solidarität.

Die Proviantskolonne des internationalen Proletariats, die IAS, hat in allen Kämpfen der deutschen und internationalen Arbeiterklasse gezeigt, was proletarische Solidarität vermag. Überall dort, wo die Arbeiterschaft in schweren Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum hand, wo Wirtschaft- und Naturkatastrophen Hilfe notwendig machten, griff die IAS ein. Der verstärkte Ausbau des Kinderzuschusses war eine weitere vorbildliche Maßnahme zur Stärkung der Kämpfenden. Im Kampf gegen den sozialen Abbau wird die IAS auch weiter an der Spitze aller sozialpolitischen proletarischen Organisationen marschieren und hier wie in den Wirtschaftskämpfen

eine bewachte ideologische Beeinflussung der großen Masse der Wertvollen für die kämpfende Einheitsfront der Arbeiterklasse übernehmen. Die IAS bildet bei diesen erweiterten Aufgaben keinen Gemeinheitsfriesen, sie will durch ihr Solidaritätsverbot die organisierte und unorganisierte Arbeiterschaft verbinden und die Kampftruppe härten.

Die 3. Reichskonferenz der IAS tritt in dem Augenblick zusammen, wo die imperialistischen Mächte neue Pläne zur Überwindung des einzigen Arbeiter- und Bauernstaates Sowjetlands schmieden. In Deutschland gehen die sozialdemokratischen Minister zur Legalisierung des Sozialfaschismus über. Verbot der proletarischen revolutionären Massenorganisationen, Verbot der revolutionären Arbeiterpresse ist ihr Feldzeichen. Mit ähnlichen Worten werden jetzt die Sozialdemokraten anlässlich des sächsischen Wahlschlusses von durchzuführenden Maßnahmen auf sozialpolitischem Gebiet sprechen. Aber genau so werden die Arbeiter betrogen sein, wenn sie sich Maßnahmen über die „Demokratie“ hingeben, wenn sie die Versprechungen der Sozialdemokratischen Gläubigen ablesen wie bei den letzten Reichstagswahlen. Die Sozialdemokratie, die sich vorbehaltlos der Bourgeoisie ausgeliefert hat, kann nicht kämpfen um Beilegung des reaktionären Arbeitlosenversicherungsgesetzes, um die Herabsetzung des Lebensalters zum Bezug der Invalidenunterstützung und für die Schaffung einer wirklichen proletarischen Sozialgesetzgebung.

Die Internationale Arbeiterhilfe, aufs schärfste bekämpft von den Reformisten und dem Unternehmertum, hat als treue Bundesgenossin nur die kommunistische Partei, den Roten Frontkämpferbund und die Rote Hilfe. Diese drei Organisationen sind es darum auch die mit lebhaftem Interesse die 3. Reichskonferenz der IAS verfolgen und die die Entwicklung der Proviantskolonne des Weltproletariats mit allen Mitteln fördern. Die 3. Reichskonferenz wird nicht nur der Aufsicht einer Generalversammlung in allen Kreisen der Bevölkerung für die Richtlinien und zukünftigen Arbeiten der IAS sein, sondern sie muß auch die Waffen des Kampfes gegen den Faschismus und alle Feinde der Arbeiterklasse schmieden.

Getragen von dem Gedanken, daß die Arbeiterschaft nur im offenen Kampf gegen den Kapitalismus, Reformismus und Staatsapparat ihr Ziel erreichen kann, werden die Delegierten der 3. Reichskonferenz ihre Arbeit verrichten müssen.

Das revolutionäre Dresdner Proletariat, die kommunistische Partei, der Rote Frontkämpferbund, die Rote Hilfe Sachsens und die übrigen revolutionären Arbeiterorganisationen begrüßen in diesem Sinne brüderlich den 3. Reichskongress der Internationalen Arbeiterhilfe.

Es lebe die IAS, die Proviantskolonne des Weltproletariats!
Es lebe der gemeinsame Kampf aller Wertvollen gegen ihre Ausbeuter!
Es lebe die internationale proletarische Solidarität!
Es lebe die revolutionäre Einheitsfront gegen Kapitalismus, Faschismus und Sozialverrat!

!
ckwaren
890
1090
1390
macht!
achts!
1. Eig.
el
ilige Preisel
dingungen!
e liiert sehr
gut schreie
ren und Schreie
n, Markt 16, 1.
er!
u. Bedarf
12. von 20.- an
an 10.- an
6. von 20.- an
e u. 4 Filmen 25.-
4teilig 9.50
eilig 6.30
er, 6.- u. 9.-
2,25 an
wahl
Abzüge
15x6 10 Pf.
6,5x9 15 Pf.
9x12 20 Pf.
Postkarten 25 Pf.
Söhne imigen
früh 10 Uhr ge
ernhalten Sie
Bilder
Lager - Agfa,
& Sleudel, Leo
roer-Produkte
us H. Stein
elephon 133
hone
kten
ahl
n-Zentrale
Pirna
lung
k. hat 21
ur Ago
Nr. 14
moderne
ommer-
he
ie neuesten
e?
e grobe
hl?
ert und gut
häft
Pirna